

Studentenbewegung und Studentenprotest

Zum Wandel eines Prägefaktors politischer Kultur

Julian Schenke
Göttingen

Wenn Jugendliche im Allgemeinen und Studierende im Besonderen protestieren, dann genießen sie oftmals die grundsätzlichen Sympathien einer bildungsbürgerlich-liberalen Öffentlichkeit. Zuletzt war das einerseits im Kontext des so genannten Arabischen Frühlings zu sehen (Fries 2011), andererseits im Zuge der (durch die COVID-19-Pandemie jäh ausgebremsten) Klimaschutzbewegung *Fridays for Future*. Der *Humanistische Pressedienst* titulierte die „for Futures“ gar als „die neuen 68er“ (Wakonigg 2019).¹ Studentische Opposition wird in diesen Fällen häufig als erfreuliche, freiheitlich-kritische Aufmüpfigkeit gelesen. Manch einer schreibt den Studierenden gesellschaftspolitische Reformkräfte zu, ja erhofft sich maßgebliche politische Impulse für die gesellschaftliche Zukunft. Das öffentliche Interesse an der „politische[n] Kultur und Haltung“ von Studierenden (Peisert et al. 1988: 241) ist ein wiederkehrendes Phänomen.

Einerseits sicher, weil einige von ihnen in die Reihe der „künftigen Funktions- und Machtelite“ aufsteigen werden, andererseits weil viele tatsächlich als „Träger neuer kultureller und politischer Entwicklungen“ fungieren könnten; wieder andere werden es womöglich vollbringen, „zeitweise selbst, meist protestierend oder rebellierend, nachhaltig in das politische Geschehen ein[zu]greifen.“ (Peisert et al. 1988: 241) Doch die Wahrnehmung studentischer Protestphänomene stützt sich häufig auch schlicht auf ein kulturell kolportiertes Stereotyp, welches empirische Beobachtungen mit liebgewonnenen „Mythen der Erinnerungskultur“ (Grevén 2011: 18) verknüpft. Die „Chiffre 68“ (Claussen 1992) überblendet

¹ Eine ähnliche Beobachtung wurde dem Verfasser im Rahmen eines Interviews auf dem L. I. S. A. Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung vor kurzem zur Bewertung vorgelegt: „Was damals Rudi Dutschke war, scheint heute Greta Thunberg zu sein.“ (Wonke 2020).

dann die deutlich längere Geschichte des Verhältnisses von Studierenden und Politik.²

Demgegenüber lohnt sich ein systematischer Blick auf die tatsächlichen historischen Abläufe der großen studentischen Bewegungsphasen, auf den Längsschnitt-Trend der Bildungsexpansion sowie schließlich auf die – häufig überschätzten – wiederkehrenden Protestmotive von Studierenden seit 1800. Zu fragen ist: Inwiefern zeichneten sich deutsche Studierende historisch durch ein gruppenspezifisches politisches Potenzial aus – und sind größere Studentenbewegungen auch heute noch wahrscheinlich?³

1. Merkmale historischer Studentenbewegungen

Studentischer Protest, verstanden als punktuell aufflammender und, je nach politischer Gemengelage, ebenso rasch wieder verglimmender Unmut zu wechselnden Anlässen, kann jederzeit auftreten. Eine ausdauernde *Studentenbewegung* jedoch ist erst gegeben, wenn größere Teile der Studierendenschaft für eine gewisse Zeitdauer mobilisierbar sind, diese Mobilisierbarkeit sich durch praktische Aktivitäten ausdrückt, und der Protest überdies außerinstitutionelle – also in erster Linie: außerparlamentarische – Wege einschlägt (Bauß 1977: 13f.)

Studentenbewegungen wurden, historisch gesehen, stets durch spezifische historische Bedingungen und Gelegenheitsfenster ermöglicht. Getragen von einem Kern umtriebiger politischer Netzwerker, bündelten sie bestehendes Konfliktpotenzial, indem sie eine durch rhetorische Referenzen, Symbole und Parolen durchsetzte Sprache fanden und sich zu einem politischen Vorkämpferkollektiv im Namen anstehenden gesellschaftspolitischen Wandels erklärten (Gevers/Vos 2004: 227). Die Auswirkungen ihres Agierens auf die nachfolgenden politischen und kulturellen Entwicklungen indes waren sehr verschieden. Diese Aspekte sollen anhand

² Hierzu eine selbstkritische Anmerkung vorab: Die ostdeutsche Studierendenkultur zwischen 1949 und 1989 ist bis heute unzureichend erforscht. Häufig wird der „Gründungsmythos“ 1968 zumindest latent als gemeinsame Erzählung der neuen Bundesrepublik verhandelt. Tradierte, eigentlich eher westdeutsche, Folklore dominiert bis heute die Diskussion über politische Dispositionen von Studierenden. Ein Defizit, das auch der vorliegende Aufsatz leider nicht beheben kann.

³ Der Aufsatz fasst ausgewählte Argumentationslinien und Resultate der Dissertation zusammen, die unter dem Titel „Student und Demokratie. Das politische Potenzial von Studierenden in Geschichte und Gegenwart“ beim transcript Verlag Bielefeld erschienen ist (Schenke 2020).

der großen drei studentischen Oppositionsbewegungen im deutschen Sprachraum kurz erläutert werden:

- der auf nationale Einheit und liberale Freiheitsrechte zielenden Burschenschafts- und Progressbewegung 1815–1848,
- der im öffentlichen Bewusstsein kaum präsenten antidemokratischen und militant-antisemitischen Mobilisierung in Weimar 1918–1933 sowie
- der auf Emanzipation von traditionellen Autoritätsverhältnissen und auf soziale Egalisierung abstellenden westdeutschen Studentenbewegung 1966–1968.

1.1. Nationalliberale Burschenschaftsbewegung (1815–1848)

Noch während des 18. Jahrhunderts waren deutsche Studenten primär in regional fragmentierten, traditionalistisch-unpolitischen Landsmannschaften und Korporationen organisiert. Die Mitglieder dieser Vereinigungen genossen ein nachträglich zur „Burschenfreiheit“ verklärtes Gewohnheitsrecht, welches bestimmte Verhaltens- und Ehrenregeln vorsah, insbesondere studentische Sitten wie das Duellieren, das ritualisierte Trinken und die vergleichsweise freizügige Sexualmoral (Jaraus 1984: 243) – in der Praxis aber offenbar selten „eine alle Gesetze verachtende rohe Willkür“ verhinderte (Schulze/Ssymank 1931: 183).

Zwischen 1790 und 1819 hielten dann zunehmend neuartige (bildungs-)bürgerliche Assoziationsprinzipien und Ideale Einzug in die Reihen der Studenten, welche im Zuge der preußischen Bildungsreform mehr und mehr in die öffentliche Bedienung drängten: Leistungs- und Verantwortungsethos, Charakterfestigkeit und Affektkontrolle. Das einstmals idealisierte höfische Prinzip verlor jäh an normativer Kraft; stattdessen erwuchs, auch angetrieben durch die neuhumanistische Reformbewegung, das gebildete und sittlich kultivierte, hinsichtlich seiner persönlichen Anlagen voll entfaltete Individuum einer kommenden bürgerlichen Gesellschaft zum Sozialideal des aufstrebenden Bürgertums.

Verstand sich das deutsche Bildungsbürgertum generell zunehmend als „am Leitbild des autonomen Individuums orientierte ... politisch-gesellschaftliche ... Elite“ (Hardtwig 1986: 607), so betrachtete sich ein nicht geringer Teil der Studenten als deren vorpreschende und entschlossene Avantgarde, als „„Vorhut“ ihrer eigenen Klasse“ (Bartol 1978: 232). Die preußische Niederlage gegen Napoleon 1806 wurde „für die studentische Jugend zum Schlüsselerlebnis“, welches die Vorstellung eines ge-

meinsamen Befreiungskampfes des „deutschen Volkes“ gegen die französische Besatzung plausibel erscheinen ließ (Gevers/Vos 2004: 230).

Auf studentischer Seite gründeten sich Orden nach Freimaurer-Vorbild, ab 1815 schließlich Burschenschaften, beginnend mit der Jenaer Urburschenschaft (Schulze/Ssymank 1931: S. 159–180). Eine Bewegung, die sich erstmals überregional vernetzte und Dachorganisationen schuf; durch das rasch wachsende Verbindungswesen suchte man, die erstrebte nationalliberale Einheit performativ vorwegzunehmen.

Das hieß zunächst: Kultivierung eines neuen Sittlichkeitskodex von „Bildung, Leistungsethos und Verantwortungsbereitschaft zusammen mit einem erhöhten bürgerlichen Machtanspruch“ (Hardtwig 1986: 614), später allerdings zunehmend auch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ – ursprünglich Wahlspruch der Urburschenschaft –, verstanden als revolutionäres Programm. Die Ereignisse von Signaljahren wie 1789 und 1830 erschienen als Aufrufe zur nationalen Erweckung gegen die tradierte Herrschaft von Aristokratie und Großbürgertum. Aus dem Intellektuellenprojekt der deutschen „Kulturnation“ erwuchs allmählich die Volksbewegung des deutschen Nationalliberalismus, angeführt von einer antiaristokratischen und leistungsorientierten Beamtenelite.

Die Burschenschaften bildeten, befeuert durch intellektuelle und professorale Fürsprecher wie Fichte, Fries und „Turnvater“ Jahn, die „erste moderne Jugendbewegung der deutschen Geschichte“ (Jarausch 1984: 35). Gleichwohl zerfiel diese Bewegung schon zu Beginn in einen größeren kompromissorientierten „bürgerlich-liberalen“ und einen kleineren, aktivistischer orientierten, aber auch öffentlich sichtbareren „radikaldemokratischen“ Teil; sie war nie auf einen verbindlichen oppositionellen Kern verpflichtet (Bartol 1978: 59, 76; Hardtwig 1986: 599).

Außerdem gliederte sie sich in drei Phasen: Erst von 1815 bis 1819 mit dem Signalereignis des Wartburgfests 1817, dann von 1827 bis 1832 mit der Mobilisierungsspitze des Hambacher Fests 1832, schließlich unter dem Namen der „Progressbewegung“ von 1837 bis etwa 1855 (Gevers/Vos 2004: 229–248). Alle drei Phasen standen in enger Korrespondenz mit vergleichbaren europäischen Erhebungen, konnten sich auf wachsende oppositionelle Energien in der Gesamtbevölkerung stützen, wurden aber auch durch wiederholte Repressionswellen, d.h. Zensuren, Verbote und polizeiliche Verfolgungen zerschlagen, verstanden die Herrschaftsträger der *ancien régimes* die politischen Absichten der Bewegung doch stets klar (Müller 2012: 21; Gevers/Vos 2004: 236–240; Thielbeer 1983: 146).

Das große Gelegenheitsfenster stellte sicherlich die gesamteuropäische Revolutionsbewegung von 1848/49 dar. Auch in Deutschland taten

sich einzelne Aktionszentren hervor, die von der bürgerlichen Öffentlichkeit und den jeweiligen Amtsträgern teils befehdet (Jena, Leipzig, Freiburg, Heidelberg), teils unterstützt (Göttingen, Leipzig) wurden (Thielbeer 1983: 43–48 und 109f.) Doch es beteiligten sich gerade einmal fünf Prozent der deutschen Studenten in den Ländern des Deutschen Bundes als „progressive“ Aktivisten an den Versammlungen, Demonstrationen, Besetzungen und teils auch bewaffneten Aufständen (Borowsky 2005: 188) Bekanntlich blieb die demokratisch-nationale Revolution aus. Zu den nichtsdestotrotz errungenen langfristigen Teilerfolgen aber zählt die Nötigung der Herrschaftsträger zu Zugeständnissen bei liberalen Freiheitsrechten und bei der Parlamentarisierung der politischen Kultur.

1.2. Völkische Studentenbewegung in Weimar (1925–1933)

Der deutsche Nationalstaat wurde bekanntlich erst 1871 in „kleindeutscher“ Gestalt Realität, als Kaiserreich unter preußisch-protestantischer Führung. Trotz fundamentaler gesellschaftlicher Umwälzungen saßen Kaiser, Militäraristokratie und Großbürgertum an den Hebeln der Macht; das in früheren Jahrzehnten für ein liberales Deutschland optierende Bildungsbürgertum hingegen nahm das Scheitern des Nationalliberalismus mitsamt der weitgehenden politischen Stillstellung hin und erhielt dafür gewissermaßen den glänzenden Status als neue Funktionselite, als „Geistesadel“ (Ringer 1987: 18) mit kultureller Hegemonie und unvergleichlichem Sozialprestige inmitten einer neuen Hochschätzung für Bildung und Wissenschaft (Ullmann 1995: 181–192).

Für den akademischen Sektor brach im Kaiserreich zunächst eine neue Zeit an, die durch die allgemeine Hinwendung zur antiliberalen politischen Rechten gekennzeichnet war: Wer in dieser Zeit studierte, war mit der Elterngeneration eines Sinnes, nämlich kaisertreu, konservativ, deutschnational, idealerweise militarisierter Korpsstudent (Studier 1965: Vf.) Die überregionalen Netzwerke, einst von liberalen Burschenschaftlern geschaffen und erst nach und nach von konservativen und konfessionellen Korporationen adaptiert, fungierten nun als Kanäle der Bildungsvererbung, Elitenrekrutierung und „Statussicherung“ gutsituierter Zirkel (Jarausch 1984: 67f.).

Zur herrschenden Sozialmoral der wilhelminischen Studierendenschaft zählte schon zu diesem Zeitpunkt ein robuster Nationalchauvinismus und Antisemitismus (Kampe 1988: 111–124); liberale und sozialistische Formationen wie die Freistudentenschaft blieben numerisch und politisch unterlegen. Allerdings zerrann im Zuge eines zunehmend verselbstständigten Bildungswachstums und einer wachsenden Bedeutung

technisch-naturwissenschaftlicher Disziplinen (Budde 2012: 58) allmählich der Führungsanspruch des akademischen Bürgertums. Die Statuskrise war unabwendbar, stieg doch mit dem Bevölkerungswachstum auch die Studierendenzahl rasant.

Was sich schon gegen Ende des Kaiserreichs andeutete, schlug mit den Verheerungen des Ersten Weltkriegs und mit der Hyperinflation der 1920er Jahre dann voll durch: Das deutsche Bildungsbürgertum wurde weitgehend sozial entprivilegiert, sein Erbkapital entwertet (Ringer 1987: 62). Von einem herben Schlag auch für das tradierte Selbstverständnis der – zudem kriegsgezeichneten – Studenten zu sprechen, wäre wohl untertrieben: Sie fanden sich „in einer verkehrten Welt“ wieder, „in der ein Facharbeiter mehr verdiente als ein hoher Staatsbeamter“ (Schulz 2014: 30), und in der die eigenen Eltern kaum noch das Studium finanzieren konnten. Viele von ihnen mussten es unter elenden Bedingungen bestreiten: Etwa ein Drittel bis die Hälfte war trotz Selbsthilfe und Werkstudium unterernährt und in desolaten Wohnverhältnissen Infektionskrankheiten wie der Tuberkulose ausgeliefert (Kater 1975: 43–56; Jarausch 1984: 142). Dies bildete den Nährboden einer an neuen Formen von Kameradschaftlichkeit und Kollektivität orientierten, mehrheitlich republikfeindlichen akademischen Jugend (Walter 1990: 86).

Die hieraus entstandene antidemokratische Studentenbewegung von Weimar hinterließ eine bestürzende Trümmerbilanz. Die antisemitischen Deutungsangebote verfielen nun massenhaft unter den durch neue Entprivilegierungs- und Entfremdungserfahrungen frustrierten Hochschulleitenden und Studierenden: Nutznießer der sozialen Kränkung (Ringer 1987: 152ff.) war schon früh die antidemokratische Polemik von rechts mit ihrem Versprechen einer Restitution akademischer Privilegien.

Zwar hatten die kriegsgebeutelten Studierenden im demokratischen, unpolitisch auftretenden Dachverband „Deutsche Studentenschaft“ (DSt) zunächst nur nach neuen Gemeinschaftsformen gesucht. Jahrelanges relatives Elend (Kater 1975: 44f.), politische Versäumnisse und allmählich tief wurzelnde Staatsverdrossenheit trieben die Studierenden jedoch schließlich den antidemokratischen Vereinigungen zu: erst dem zwischen Jungkonservatismus, Altkonservatismus und völkisch-paramilitärischem Prinzip changierenden „Deutschen Hochschulring“ (DHR), dann dem „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund“ (NSDStB) (Gevers/Vos 2004: 289).

Der allmählichen Sammlung der nationalsozialistischen Bewegung an den Universitäten (Kater 1975: 111–125) diente sich das studentische Verbandsnetzwerk schließlich als frühe und furchtbar effektive völkische Vorkämpferinstitution an (Jarausch 1984: 152f.) Schrittweise (der DHR

1924, der NSDStB zwischen 1929 und 1931) übernahmen sie die DSt. Erst DHR, dann NSDStB setzten das Kameradschafts- und Führerprinzip durch (Bleuel/Klinnert 1967: 214f.) und lösten schließlich die Strukturen studentischer Selbstorganisation auf. Schon ab 1925 verstand sich die studentische Mehrheit als „völkisch-revolutionär“ (Gevers/Vos 2004: 289); ab 1927 wurde die studentische Wut auf die republikanischen Institutionen immer offener artikuliert, ihr Prestige- und Privilegienverlust in Resentiment gegen die älteren Generationen umgemünzt (Kater 1975: 106).

Durch professionelle Vernetzung und geschickte Basisarbeit ermutigten NSDStB-Kader nicht nur zu Kundgebungen und Demonstrationen; immer häufiger zählten auch Ausschreitungen, Übergriffe auf Kommilitonen sowie auf jüdisches und liberales Lehrpersonal, mithin rohe physische Gewalt (Kater 1975: 147–162), ja ethnisch aufgeladene „wahre Haßorgien“ und ein „Radauantisemitismus“ (Bleuel/Klinnert 1967: 130f.) gegen Mitbürger am jeweiligen Hochschulort zum beinahe täglichen Aktienspektrum.

Von einer „33er“-Studentenbewegung spricht heute kaum jemand: wahrscheinlich, weil sie im heutigen kulturellen Gedächtnis von den Ereignissen um „1968“ überlagert wurde, vielleicht auch ob der evidenten Unrühmlichkeit der völkischen Raserei;⁴ gegeben aber hat es sie. Ihr „Erfolg“ liegt darin, die Deutsche Studentenschaft schon 1932 „früher als jede andere öffentliche Institution“ (Walter 1990: 86) nazifiziert zu haben. Was folgte, ist bekannt.

1.3. Außerparlamentarische Opposition (1966–1968)

Völlig anders war die Gemengelage in der Bundesrepublik der 1960er Jahre. Das allgemeine Konsumniveau in dieser durch den berühmten „Fahrstuhleffekt der Wohlstandssteigerung durch eine Mobilisierung aller Begabtenreserven“ (Wehler 2010: 193) elevierten neuen Angestellten- und Beamtenengesellschaft verschaffte immer mehr Familien einen gehobenen Lebensstandard inklusive des Genusses einer Unterhaltungsindustrie nach US-Vorbild (Schildt 2007: 13–28). Allmählich streifte die Jugend ihre von Schelsky (1984) als skeptisch rubrizierte Haltung ab und wandte sich gegen den politisch-moralischen Nachkriegskonsens der Adenauer-Ära, den sie als verkrustet und bieder empfand.

Die wachsende „Protestbereitschaft“ konnte dabei bereits ab Mitte der 1960er Jahre auf einem allgemeinen Modernisierungs- und Liberalisie-

⁴ Als eine der wenigen Ausnahmen wäre der polemische, gegen die „68er“ gerichtete Essay des Historikers Götz Aly zu nennen (Aly 2008: 10, 170).

lungstrend aufsetzen (Lorenz/Walter 2014: 354–359), gekennzeichnet durch parteipolitische Öffnung, wachsende kulturelle und sexualmoralische Aufgeschlossenheit, eine neue Sensibilität für die Verflechtung amtierender Eliten in nationalsozialistische Verbrechen sowie durch ein allgemeines institutionelles und bildungspolitisches Reformbestreben (ebd.: 364f.).

Fundamentalopposition war modisch: Die vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) getragene und in eine globale Jugendrevolte eingebettete linke Protestkultur erhielt ihren Auftrieb nicht nur durch breit geteilte autoritätskritische Stimmungen, sondern wurde vor allem auch durch die Medienresonanz von Schlüsselereignissen wie dem Vietnamkrieg ab 1964 oder die Diskussion um die 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze amplifiziert (Gassert 2018: 129). „[D]as neue Schlüsselwort lautete ‚Emanzipation‘.“ (Kraushaar 2018: 26) Ab etwa 1964 begab sich der SDS in einen Transformationsprozess: weg vom linkssozialistischen Selbstverständnis einer „besseren“ sozialistischen Partei nach 1959 hin zur Interessenvertretung minderprivilegierten Universitätsmitglieder in einem neuen, spontaneistisch-antiautoritären Profil; weg vom Theorie-Debattenclub hin zu einem „neulinken“, auf autonome Selbstorganisation zielenden Mobilisierungsprofil (Fichter/Lönnendonker 1977: 78; Richter 1998: 41).

Die eigentliche Studentenbewegung war dann Teil eines klar umrissenen, heterogenen Strömungen integrierenden Trägernetzwerks unter dem Namen „Kuratorium Notstand der Demokratie“, heute nach dem Stichwort Rudi Dutschkes primär als „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) memoriert. Die APO bestand etwa zwischen 1966 und 1968, bezog Legitimität auch aus ihrer Frontstellung gegen die ab 1966 regierende Große Koalition, war aber inhaltlich primär gegen die geplante Notstandsgesetzgebung gerichtet (Richter 1998: 36, 45–47). Während die schon seit den 1950er Jahren bestehende Ostermarschbewegung zu diesem Bündnis Mobilisierungsnetzwerke und Organisationswissen beitrug, die Gewerkschaften ihre historisch gewachsenen Strukturen und finanziellen Mittel, bestand die Aufgabe des studentischen SDS in der intellektuellen Verklammerung und rhetorischen Aufbereitung der gemeinsamen Protestziele (Richter 1998: 36, 45f.) Ausgehend von Westberlin mobilisierte der SDS in weiteren Aktionszentren wie Frankfurt am Main und Heidelberg.

Obwohl es an einigen Universitäten vergleichsweise ruhig blieb, entfachten einige wenige entscheidende Ereignisse die bis heute medial präsente aktivierende und kollektiverende Wirkung: Zentral ist hier die Zäsur der Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg im Nachgang einer

Demonstration gegen den Besuch des iranischen Schahs am 2. Juni 1967 (Michels 2017: 183–218). Überhaupt ist 1967, nicht 1968, das eigentlich entscheidende Jahr dieser Studentenbewegung. Nach dem 2. Juni verschärfte sich zunächst die ins Grundsätzliche zielende Auseinandersetzung zwischen Studierenden und medialer wie politischer Öffentlichkeit: Demokratiegefährdende Chaoten versus Häscher eines faschistoiden Polizeistaats, so die wechselseitigen Vorwürfe (Bauß 1977: 77–86; Krause et al. 1980: 29).

In der Folge wuchs der Kreis der Sympathisanten, auch in der nicht-studierenden Bevölkerung; der SDS mutierte tatsächlich zum „Emblem der Außerparlamentarischen Opposition“ (Bock 1976: 213) und wählte sich als Teil internationaler „Befreiungskämpfe“ von Kuba bis Vietnam. Delegiertenkonferenzen, Demonstrationenzüge, universitäre Sit-Ins, alternative Wohnprojekte etc. erzielten hohe Medienresonanz (Gassert 2018: 105). Der Anschlag auf Rudi Dutschke am 11. Mai 1968 erhöhte noch einmal die Legitimität des Protests: Parallel zu den französischen Mai-Unruhen und anlässlich der zweiten Lesung der Notstandsgesetze kam es zum „letzten Mobilisierungshöhepunkt“, einem Sternmarsch in Bonn mit über 70.000 Demonstrierenden (Krause et al. 1980: 30).

Als bald jedoch sank der Stern: Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze hatte das Protestbündnis sein tragendes „Achsthema“ verloren. Die Gewerkschaften zogen sich aus dem Bündnis zurück und das Momentum erschlaffte; Versuche, mit der Springer-Auseinandersetzung ein neues thematisches Vehikel zu finden, scheiterten (Fichter/Lönnendonker 1977: 135; Richter 1998: 53). Orthodoxes Kaderprinzip und Spontaneismus fielen in der Folge auseinander. Bei manchen führte das zu Unversöhnlichkeit, politischer Isolierung und Militanz (Lorenz/Walter 2014: 349), bei den meisten zum Arrangement mit dem wachsenden akademischen Arbeitsmarkt ab 1969 unter Brandts reformfreudiger sozialliberaler Regierung, welche sich den SDS-Slogan der „Demokratisierung“ zu eigen machte (Greven 2011: 222). 1970, nach dem Tod des Hoffnungsträgers Hans-Jürgen Krahl löste sich der SDS auf (Fichter/Lönnendonker 1977: 140).

„1968“ war ohne Frage ein eindrucksvolles, irritierendes, ja beunruhigendes und polarisierendes Phänomen für die zeitgenössische Öffentlichkeit. Bedeutender aber als die aus heutiger Sicht stark historisch situierten Ereignisse ist wohl das Gerinnen der Bewegung zur „Chiffre 68“ (Clausen 1992) im Verlauf der 1980er Jahre, d.h. zu einem mythenumwobenen Artefakt politischer Kultur mit einer Strahlkraft, die bis in die Gegenwart reicht.

Zweifellos bewirkten die Ereignisse um „1968“ und die damit verbundene konsumgesellschaftliche „Lebensstilrevolution“ (Gassert 2018: 130; Mrozek 2019: 443–454) einen beschleunigenden Ruck für die sich modernisierende politische Kultur der alten Bundesrepublik. In Teilen des gebildeten Bürgertums stehen die „68er“ heute häufig als Sinnbild von selbstorganisierter Partizipation und Teilhabe. Eine soziale Bewegung im klassischen Sinn bildeten die „68er“ dabei wohlgerne nicht: Die APO sendete visuelle Codes einer internationalen *counterculture* im noch jungen Fernsehzeitalter. Der Protest erhob sich aus den Reihen einer erstmals massenhaft saturierten und aufstiegsorientierten Mittelschicht, nicht aus den Reihen subaltern-revolutionärer Klassen; das vormalige Gelehrtentum war schon zuvor zur „funktionalen wissenschaftlichen Berufsgruppe“ (Schelsky 1984: 330) geworden.

1.4. Gemeinsamkeiten

Alle drei Studentenbewegungen begriffen sich grundsätzlich als Pionierkader gesellschaftlicher Transformationsprozesse, beriefen sich insofern durchaus auf ein elitäres Selbstbewusstsein. Als verbindendes Merkmal der beiden in ihrem Selbstverständnis freiheitlich gerichteten Studentenbewegungen von 1817/1848 und 1968 fällt darüber hinaus – trotz aller eklatanten Differenzen – ein Dualismus aus primärem Scheitern und sekundärem Erfolg auf: Beider Bewegungen Ziel war die Mobilisierung breiterer Bevölkerungskreise unter emanzipativen Vorzeichen, während der tatsächlich aktive Teil stets ein Nukleus blieb. Sie erreichten ihre Kernziele nicht, aber agierten als Katalysatoren allgemeiner gesellschaftspolitischer Tendenzen.

Erwähnenswert ist außerdem die strukturelle Ambivalenz studentischer Organisations- und Gesellungsformen: Schon die bekenntnisreligiösen Ausprägungen des liberalen Burschenschafts-Nationalismus (Klenke 2003) enthielten die Tendenz zur demagogischen Raserei, letztere war nicht nur Kennzeichen der völkischen Sammlung in Weimar. Die häufig anzutreffende implizite Annahme einer Neigung sämtlichen studentischen Protests zu freiheitlich-gesellschaftskritischen Bestrebungen hält dem historischen Rückblick so gesehen nicht stand.

2. Bildungsexpansion und soziale Öffnung: ein entscheidender Längsschnitt-Trend

Diese sehr eindrücklichen historischen Stationen – Vormärz, Weimar und alte Bundesrepublik – führen vor Augen, dass sich hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung von Studierenden einiges substantiell verändert haben muss. Die große Triebkraft hinter diesen Entwicklungen ist die durch Bevölkerungs- und Wohlstandswachstum, technologische Sprünge und einen sich modernisierenden Arbeitsmarkt verursachte Bildungsexpansionsdynamik, sekundiert durch Anpassungsversuche in Gestalt von Hochschulreformen (Ringer 1987: 31f.). Dem Historiker Hartmut Titze zufolge verläuft die Bildungsexpansionsdynamik in spezifischen historischen Zyklen von sozialer Öffnung der Hochschulen und Karrieren mit jeweils anschließender, teils heftiger Schließung. Die Pole lauten: Akademikermangel versus akademische Überfüllung (Titze 2004), im Gesamtverlauf zeigt sich insgesamt ein „langfristiger, gleichsam säkularer Trend“ (Wolter 2014: 19) der Verbreitung höherer Bildungszertifikate und der Ausweitung sozialer Aufstiegskanäle von 1780 bis heute, kurzum: der „Tertiarisierung von Beschäftigung und Wertschöpfung“ (ebd.: 32).

Makrosoziologisch betrachtet erhielten etwa die Studierenden von „1968“ Auftrieb durch die große Expansionswelle der „Bildungsrevolution“ (Titze 1996: 402), welche sich infolge intensiver Bildungspolitik und eines wachsenden tertiären Arbeitsmarkts noch bis weit in die 1970er Jahre fortsetzen sollte. Erst vor diesem Hintergrund werden Aufbruchsstimmung und Sendungsbewusstsein der Studierenden plausibel – wenngleich die sozialen Angleichungstendenzen eine parallele „bürgerlich-studentische Unbehautheit“ (Kießling 2006: 165) an der neuen Massenuniversität zeitigten.

Überhaupt verschärfte sich die Spannung zwischen marktgemäßem Ausleseprinzip und einem in Deutschland traditionell staatlich gestützten akademischem Autonomie-Anspruch in Forschung und Lehre stets in den Titze'schen Verdichtungsphasen, was den Ton der hochschulpolitischen Auseinandersetzungen bestimmte: Bildung- und Berufschancen waren zu jedem historischen Zeitpunkt entscheidend für Staturerwartungen, Selbstverständnis, Ängste und Frustrationsschwellen von Studierenden. Denn natürlich begünstigt ein immer stärker auf hochqualifizierte Arbeit setzender Erwerbmarkt die Hochschulabsolventen. Doch zugleich lässt er ein Studium gegenüber anderen Berufsbildungswegen attraktiver erscheinen und dadurch die Zahl der Absolventen wachsen. Soziale Öffnung und Ausweitung des Studiums wiederum haben die einst prägende studentische

sche Subkultur in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr aufgelöst; der Organisationsgrad ist bereits im Ausgang der 1970er Jahre, relativ zu den explodierenden Zahlen, grundstürzend gesunken (Jaraus 1984: 243).

Das anhaltende exponentielle Wachstum der Studierendenzahlen ist unverkennbar: Im Jahr 2019 waren knapp 3 Millionen (2.891.049) Studierende an deutschen Universitäten und Fachhochschulen immatrikuliert – gegenüber knapp 2 Millionen (1.998.060) im Jahr 2008, etwas mehr als einer Million im Jahr 1983 (1.200.000) und 655.932 im Jahr 1979 (die Wiedervereinigung führte dabei kaum zu einem irregulären Ausschlag). Noch vor dem großen Bildungsexpansionsschub der 60er und 70er Jahre musste die Millionenmarke unerhört wirken: 1968 studierten gerade einmal 272.025 junge Erwachsene an deutschen Hochschulen, von 1900 bis 1955 oszillierte die Zahl zwischen ca. 60.000 und ca. 100.000 (Kath 1957: 15; Statistisches Bundesamt 2021).

Und auch die soziale Rekrutierung der Studierenden hat sich nachgerade umgestülpt: War das Studium zwischen 1810 und 1870 noch durch die Bildungsvererbung bildungs- und besitzbürgerlicher Familien geprägt, so gesellte sich zwischen 1900 und 1930 zunehmend ein aufstiegsorientierter neuer, kleinbürgerlich und wirtschaftlich geprägter Mittelstand dazu (ebd.); seit den 1950er Jahren dominieren schließlich die Kinder von Angestellten, Beamten, Freiberuflern das Bild, sukzessive immatrikulieren sich auch Arbeiterkinder (Kath 1957: 27; Middendorff et al. 2017: 166f.). Gewiss verbleiben allen sozialen Egalisierungstendenzen zum Trotz gewisse Selektionsschwellen bei der Bildungsvererbung: In der Bundesrepublik ist hier insbesondere die Hürde des Abiturs zu nennen (Wolter 2014: 28).

Zugespitzt aber lässt sich extrapolieren: Das Studium ist heute keine milieuspezifische Instanz der Binnenauslese mit einem irgendwie gearteten Standesethos mehr. Es ist vielmehr die bestimmende, überdies geschlechtlich nahezu paritätische Form berufsvorbereitender Ausbildung individualisierter Massenstudierender: Die Studienanfängerquote liegt nach den aktuellen Zahlen bei 56,2 Prozent, also der Mehrheit eines Jahrgangs (Statistisches Bundesamt 2019: 11). Die früher wesentlichen sozialen und sozialmoralischen Differenzen zu nichtstudierenden Gleichaltrigen sind somit abgeschliffen. Vielmehr gehört höhere Bildung heute zunehmend zur „Grundausrüstung in der Statuskonkurrenz“ (Wolter 2014: 35).

3. Schwindendes Bewegungspotenzial, Persistenz der Protestmotive

Infolge der aufgeführten Entwicklungen resümieren Kenner des politischen Bewusstseins von Studierenden, dass ausdauernd mobilisierende und subkulturell durchorganisierte Studentenbewegungen mit apodiktischen hochschul- und allgemeinpolitischen Forderungen der Vergangenheit angehören dürften (Bargel 2008: 43, 45), während eine allgemeine bildungspolitische „latente Protestbereitschaft“ (Bargel 1998: 11f.) stets reaktivierbar bleibe – etwa im Zuge des Bildungsstreiks 2009/10 (Himpele 2009). Jedoch: „Bei ihren Forderungen ... denken sie dabei häufiger an sich und die Verbesserung ihrer Lage, als an andere und die Verbesserung der Welt.“ (Ebd.) Und „an sich denken“ bedeutet hier die Konzentration auf die Verteidigung komfortabler Studienbedingungen, persönlicher Lebenschancen und Berufsperspektiven, z.T. auch berufsständischer Privilegien.

Auch hier ist der Blick auf die bedeutsamen Bewegungsphasen der Jahre 1815–1848, 1925–1933 und 1966–1968 mit dem wiederkehrenden Drängen ihrer Protagonisten in die Rolle gesellschaftspolitischer Deutungseliten aufschlussreich. Denn nie speiste sich der Protest allein aus ideellen Zielutopien noch aus rein materiellen Interessenlagen. Vielmehr vermischten sich häufig das Streben, in attraktive Karrieren nachzurücken oder aufzusteigen, mit einem langlebigen Standes- und Sendungsbewusstsein, überbrückt durch eine emphatische Bildungsphilosophie, die die geistesaristokratischen Ansprüche zugleich begründete als auch legitimierte.

Die gesellschaftshistorischen Kontextbedingungen der eindrücklichsten Sturm-und-Drang-Phasen studentischer Oppositionsbewegungen von links wie rechts waren daher stets entweder durch akademische Überfüllungskrisen oder durch die Aufstiegsverheißungen beschleunigter Bildungsexpansion bestimmt. Wohlgemerkt: Materielles Elend ist gar keine Voraussetzung, es genügt schon das diffuse Empfinden ungenutzter Statusoptionen. Am Beispiel von „1968“ etwa kann man erkennen, dass die von vielen Studierenden geteilte „überbordende Defizienzerfahrung“ nicht in „materieller Not“ gründete, sondern in „einer Liberalisierung und einem stetig ansteigenden Wohlstand, die Ansprüche auf umfassende, schrankenlose Freisetzung und Triebbefriedigung nach sich zogen“ (Kießling 2006: 289).

Trotz aller sozialen Differenzen verstanden sich die Protagonisten von Studentenbewegungen durchaus als nachrückende Geistesaristokratie, deren Zeit gekommen ist – oder, in Weimar, als eine solche, der ihr recht-

mäßiger Platz in reputierlichen Karrieren verwehrt blieb. Doch – auch das gehört zur Kontextualisierung – energischer Aktivismus blieb historisch gesehen stets die Ausnahme: „Der dominante Typ war fast zu jeder Zeit der Angepaßte, natürlich je nach herrschender Ordnung von unterschiedlicher Couleur.“ (Jaraus 1984: 245)

Entsprechender Unmut könnte sich auch in Zukunft jederzeit erneut bündeln und entzünden, etwa wenn die akademischen Berufsaussichten sich eintrüben und wenn größere Teile der Studierenden fundamentale Prinzipien der Chancen- und Bildungsgerechtigkeit ausgehebelt sehen – und damit auch ihre eigenen Karriere- und Lebenschancen auf dem Spiel zu stehen scheinen. Vermittelt und überwölbt wird die genannte latente Protestbereitschaft durch ein spezifisches Bildungspathos.

Gewiss mögen der einen oder dem anderen genuin *studentische* Revolten derzeit zwar als ferne Thematik erscheinen; gerade eine durch COVID-19-Pandemie und Kontaktbeschränkungen gebeutelte Studierendenschaft wird man eher mit defätistischer Lähmung verbinden. Doch sollte es in den kommenden Jahren (ob im Titze'schen Zyklus oder nicht) zu einer Schließung des akademischen Arbeitsmarktes kommen, mag sich der hier skizzierte, durchaus dauerhaft latent vorhandene Problemzusammenhang in überraschender Plötzlichkeit reaktualisieren. Zuletzt war das um 1980 der Fall (Schlicht 1980: 10). Zwar gehen Studierende heute – begründeterweise – davon aus, nach ihrem Abschluss zumindest sozial abgesichert, d.h. vor Erwerbslosigkeit geschützt zu sein (Middendorff et al. 2017: 67f.). Aber die Hochschulexpansion bleibt, was sie spätestens seit Kaiserreichszeiten immer gewesen ist: konjunkturfühlig, „eigendynamisch“ und politisch kaum kontrollierbar, schließlich „irreversibel“ (Wolter 2014).

Literatur

- Aly, Götz (2008): Unser Kampf. 1968 – Ein irritierter Blick zurück, Frankfurt a. M.
- Bargel, Tino (1998): Wandel des politischen Bewußtseins und der Meinungsführerschaft deutscher Studierender? Befunde des Studierendensurvey 1983–1998. Referat bei der Fachtagung der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung „Politisches Bewußtsein von Studierenden in Hessen 1918–1998“ am 17. Juni 1998 im Studentenhaus der J. W. Goethe Universität, Frankfurt a. M./Konstanz.
- Bargel, Tino (2008): Wandel politischer Orientierungen und gesellschaftlicher Werte der Studierenden. Studierendensurvey: Entwicklungen zwischen 1983 und 2007, Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Referat Wissenschaftlicher Nachwuchs, wissenschaftliche Weiterbildung, Bonn/Berlin.
- Bartol, Gerda (1978): Ideologie und studentischer Protest. Untersuchungen zur Entstehung deutscher Studentenbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, München.

- Bauß, Gerhard (1977): Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin. Handbuch, Köln.
- Bleuel, Hans Peter/Ernst Klinnert (1967): Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien – Programme – Aktionen 1918–1935, Gütersloh.
- Bock, Hans Manfred (1976): Geschichte des ‚linken Radikalismus‘ in Deutschland. Ein Versuch, Frankfurt a. M.
- Borowsky, Peter (2005): Studenten in der deutschen Revolution von 1848, in: ders., Schlaglichter historischer Forschung. Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, hg. von Rainer Hering und Rainer Nicolaysen, Hamburg, S. 187–199.
- Budde, Gunilla (2012): Die Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert [2009], Darmstadt.
- Claussen, Detlev (1992): Chiffre 68, in: Dietrich Harth/Jan Assmann (Hg.), Revolution und Mythos, Frankfurt a. M., S. 219–230.
- Fichter, Tilman/Siegward Lönnendonker (1977): Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin.
- Fries, Meike (2011): „Studenten sind ein Unruheherd“. Interview mit Dieter Rucht, in: ZEIT ONLINE. URL <https://www.zeit.de/studium/hochschule/2011-01/studententunesien> (1.3.2021)
- Gassert, Philipp (2018): Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart.
- Gevers, Lieve/Louis Vos (2004): Studentische Bewegungen, in: Walter Rüegg (Hg.), Geschichte der Universität in Europa Bd. III: Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800–1945), München, S. 227–299.
- Greven, Michael Th. (2011): Systemopposition. Kontingenz, Ideologie und Utopie im politischen Denken der 1960er Jahre, Opladen.
- Hardtwig, Wolfgang (1986): Studentische Mentalität – Politische Jugendbewegung – Nationalismus. Die Anfänge der deutschen Burschenschaft, in: Historische Zeitschrift 242, S. 581–628.
- Himpele, Klemens (2009): Vom Bildungsstreik zur Bewegung?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik H. 8, S. 11–15.
- Jaraus, Konrad H. (1984): Deutsche Studenten 1800–1970, Frankfurt a. M.
- Kampe, Norbert (1988): Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus. Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 76, Göttingen, S. 111–124.
- Kater, Michael H. (1975): Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933. Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik, Hamburg.
- Kath, Gerhard (1957): Das soziale Bild der Studentenschaft in Westdeutschland und Berlin, hg. vom Deutschen Studentenwerk. Sommersemester 1956, Berlin.
- Kießling, Simon (2006): Die antiautoritäre Revolte der 68er. Postindustrielle Konsumgesellschaft und säkulare Religionsgeschichte der Moderne, Köln.
- Klenke, Dietmar (2003): Deutsche Nationalreligiosität zwischen Vormärz und Reichsgründung. Zur innen- und außenpolitischen Dynamik der deutschen Nationalbewegung, in: Historisches Jahrbuch 123, S. 389–448.
- Krause, Christian/Detlef Lehnert/Klaus-Jürgen Scherer (1980): Zwischen Revolution und Resignation? Alternativkultur, politische Grundströmungen und Hochschulaktivitäten in der Studentenschaft. Eine empirische Untersuchung über die politischen Einstellungen von Studenten, Bonn.

- Kraushaar, Wolfgang (2018): 1968. 100 Seiten, Ditzingen.
- Lorenz, Robert/Franz Walter (2014): 1968. Kulminationspunkt und politische Eruption, in: dies. (Hg.), 1964. Das Jahr, mit dem „68“ begann, Bielefeld, S. 327–372.
- Michels, Eckard (2017): Schahbesuch 1967. Fanal für die Studentenbewegung, Berlin.
- Middendorff, Elke/Beate Apolinarski/Karsten Becker/Philipp Bornkessel/Tasso Brandt/Sonja Heißenberg/Jonas Poskowsky (2017): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung, hg. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin.
- Mrozek, Bodo (2019): Jugend – Pop – Kultur. Eine transnationale Geschichte, Berlin.
- Müller, Frank Lorenz (2012): Die Revolution von 1848/49, Darmstadt.
- Peisert, Hansgert/Tino Bargel/Gerhild Framheim (1988): Studiensituation und studentische Orientierungen an Universitäten und Fachhochschulen. 2. Erhebung zur Studiensituation im WS 1984/85, hg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn.
- Richter, Pavel A. (1998): Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 17, Göttingen, S. 35–55.
- Ringer, Fritz K. (1987): Die Gelehrten. Der Niedergang der deutschen Mandarine 1890–1933, Stuttgart.
- Schelsky, Helmut (1984): Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend [1957], Frankfurt a. M.
- Schenke, Julian (2020): Student und Demokratie. Das politische Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart. Studien des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zur Geschichte politischer und gesellschaftlicher Kontroversen Bd. 16, Bielefeld.
- Schildt, Axel (2007): Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90. Enzyklopädie deutscher Geschichte Bd. 80, München.
- Schlicht, Uwe (1980): Vom Burschenschafter bis zum Sponti. Studentische Opposition gestern und heute, Berlin.
- Schulz, Andreas (2014): Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert. Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 75, Berlin.
- Schulze, Friedrich/Paul Ssymank (1931): Das deutsche Studententum von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, München.
- Statistisches Bundesamt (2019): Bildung und Kultur. Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik zu Studierenden und Studienanfänger/-innen. Vorläufige Ergebnisse. URL https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Publikationen/Downloads-Hochschulen/schnellmeldung-ws-vorl-5213103208004.pdf?__blob=publicationFile (1.3.2021)
- Statistisches Bundesamt (2021): Studierende insgesamt und Studierende Deutsche nach Geschlecht. URL <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Tabellen/lrbil01.html> (1.3.2021)
- Studier, Manfred (1965): Der Corpsstudent als Idealbild der Wilhelminischen Ära, Erlangen.
- Thielbeer, Heide (1983): Universität und Politik in der deutschen Revolution von 1848, Bonn.

- Titze, Hartmut (1996): Von der natürlichen Auslese zur Bildungsselektion 1780–1980. Argumentationsmuster und Bilanz einer zweihundertjährigen Diskussion, in: Zeitschrift für Pädagogik 42, S. 389–406.
- Titze, Hartmut (2004): Bildungskrisen und sozialer Wandel 1780–2000, in: Geschichte und Gesellschaft 30, S. 339–372.
- Ullmann, Hans-Peter (1995): Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Frankfurt a. M.
- Wakonigg, Daniela (2019): Fridays for Future: Die neuen 68er, in: Humanistischer Pressedienst. URL <https://hpd.de/artikel/fridays-for-future-neuen-68er-16894> (1.3.2021)
- Walter, Franz (1990): Sozialistische Akademiker- und Intellektuellenorganisationen in der Weimarer Republik. Solidargemeinschaft und Milieu: Sozialistische Kultur- und Freizeitorganisationen in der Weimarer Republik Bd. 1, Bonn.
- Wehler, Hans-Ulrich (1989): Deutsches Bildungsbürgertum in vergleichender Perspektive – Elemente eines „Sonderwegs“?, in: Jürgen Kocka (Hg.), Bildungsbürgertum im 19. Jahrhundert. Teil IV: Politischer Einfluß und gesellschaftliche Formation, Stuttgart, S. 215–237.
- Wehler, Hans-Ulrich (2010): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bundesrepublik und DDR 1949–1990. Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn.
- Wolter, Andrä (2014): Eigendynamik und Irreversibilität der Hochschulexpansion. Die Entwicklung der Beteiligung an Hochschulbildung in Deutschland, in: Ulf Banscheraus/Margret Bülow-Schramm/Klemens Himpele/Sonja Staack/Sarah Winter (Hg.), Übergänge im Spannungsfeld von Expansion und Exklusion: Eine Analyse der Schnittstellen im deutschen Hochschulsystem, Bielefeld, S. 19–38.
- Wonke, Judith (2020): „Das einstige Studentenleben ist weitestgehend Subkultur.“ Interview mit Julian Schenke zum politischen Potential von Studierenden, in: L.I.S.A. Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung. URL https://lisa.gerdahenkel-stiftung.de/das_einstige_studentenleben_ist_weitestgehend_subkultur?nav_id=9472 (1.3.2021)

FORUM

Tina Paul:

Von ‚Behältern‘ und ‚Systemen‘. Deutsch-chinesische Wissenschafts-kooperation aus der Sicht deutscher Forscherinnen und Forscher.....5

Josephine B. Schmitt, Matthias Begeat, Maximilian Brenker, Christoph Bieber:

Interdisziplinarität in der Digitalisierungsforschung. Notwendigkeit oder leeres Versprechen für progressives wissenschaftliches Arbeiten? 19

Shiva Stucki-Sabeti, Barbara Bonhage:

Zusammenarbeit zwischen Expertinnen und Experten an Fachhochschulen. Cluster an der Hochschule Luzern Wirtschaft 32

Gerd Grözinger:

Hochschul- und Regionalpolitik zusammen denken. Die Relevanz von Studierenden für die demografische Entwicklung.....45

Marlene-Anne Dettmann, Katharina Scholz:

Service User Involvement in der Hochschulqualifizierung für Soziale Arbeit. Chancen und Wirkungen 56

Hendrik Berghäuser:

Die Verankerung der dritten Mission in der deutschen Hochschulgovernance.....70

Stephanie K. Cesca, Franziska Schulze-Stocker:

Tabuthema Studienabbruch?! Differenzen in den Selbst- und Fremdzuschreibungen von Gründen für einen Studienabbruch.....84

Julian Schenke:

Studentenbewegung und Studentenprotest. Zum Wandel eines Prägefaktors politischer Kultur.....99

PUBLIKATIONEN

Rezension: Wolf Wagner: Ein Leben voller Irrtümer. Autobiografie
eines prototypischen Westdeutschen (*Peer Pasternack*)116

Peer Pasternack, Daniel Hechler, Daniel Watermann:

Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen
in Ostdeutschland seit 1945.....119

Autorinnen & Autoren.....148

Autorinnen & Autoren

Matthias Begenat, Dr. phil., Kommunikationswissenschaftler, Leiter des Bereichs Wissenschaftskommunikation am Center for Advanced Internet Studies (CAIS). eMail: Matthias.Begenat@cais.nrw

Hendrik Berghäuser, Dr. rer. pol., Politikwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Competence Center Politik und Gesellschaft des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI. eMail: hendrik.berghaeuser@isi.fraunhofer.de

Christoph Bieber, Prof. Dr. rer. soc. habil., Politikwissenschaftler, Leiter des CAIS-Forschungsinubator am Center for Advanced Internet Studies (CAIS) sowie Inhaber der Welker-Stiftungsprofessur für „Ethik in Politikmanagement und Gesellschaft“ an der NRW School of Governance der Universität Duisburg-Essen. eMail: Christoph.Bieber@cais.nrw

Barbara Bonhage, Prof. Dr., Wirtschaftshistorikerin, Hochschule Luzern – Wirtschaft. eMail: barbara.bonhage@hslu.ch

Maximilian Brenker M.A., Sozialwissenschaftler, Referent für Strategie und Organisation am Center for Advanced Internet Studies (CAIS). eMail: Maximilian.Brenker@cais.nrw

Stephanie K. Cesca, Dipl.-Soz., Soziologin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Qualitätsanalyse (ZQA), TU Dresden. eMail: Stephanie.Cesca@tu-dresden.de

Marlene-Anne Dettmann, Prof. Dr., Professur für Ökonomie und Management in der Sozialen Arbeit an der HAW Hamburg am Department Soziale Arbeit. eMail: marlene-anne.dettmann@haw-hamburg.de

Gerd Grözinger, Prof. Dr., Ökonom und Soziologe, Professor für Sozial- und Bildungsökonomik am Internationalen Institut für Management und ökonomische Bildung der Europa-Universität Flensburg (i.R.). eMail: groezing@uni-flensburg.de

Daniel Hechler M.A., Politikwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; www.peer-pasternack.de

Tina Paul, Dr. phil., Wirtschaftssinologin, Projektmitarbeiterin an der Fakultät Angewandte Sprachen und Interkulturelle Kommunikation der Westsächsischen Hochschule Zwickau. eMail: tina.paul@fh-zwickau.de

Julian Schenke, Dr. disc. pol., Politikwissenschaftler, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen. eMail: julian.schenke@uni-goettingen.de

Josephine B. Schmitt, Dr. rer. soc., Psychologin, Forschungsreferentin am Center for Advanced Internet Studies (CAIS). eMail: Josephine.Schmitt@cais.nrw

Katharina Scholz, B.A., Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin, Studentin im Masterstudiengang Soziale Arbeit an der HAW Hamburg. eMail: katharina.scholz@haw-hamburg.de

Franziska Schulze-Stocker, Dr., Bildungswissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Qualitätsanalyse (ZQA), TU Dresden. eMail: Franziska.Schulze-Stocker@tu-dresden.de

Shiva Stucki-Sabeti M.A., Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Luzern – Wirtschaft. eMail: shiva.stucki-sabeti@hslu.ch

Daniel Watermann, Dr. phil., Sozialwissenschaftler und Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: daniel.watermann@hof.uni-halle.de

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Watermann

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg

<https://www.diehochschule.de>

Kontakt Redaktion: daniel.watermann@hof.uni-halle.de

Kontakt Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich vor allem dem Transfer hochschulforscherischen Wissens in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Inhaltlich ist „die hochschule“ vorrangig an Beiträgen interessiert, die Themen jenseits des Mainstreams oder Mainstream-Themen in unorthodoxen Perspektiven behandeln. Eingereicht werden können Texte, die (a) auf empirischer Basis ein nachvollziehbar formuliertes Problem aufklären oder/und (b) eine theoretische Perspektive entfalten oder/und (c) zeitdiagnostisch angelegt sind, ohne reinen Meinungsartikel zu sein. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: www.diehochschule.de >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <https://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>